

# Kein Frieden ohne die Bekämpfung des Klimawandels

Rede von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks beim Klimagipfel des UN-Generalsekretärs am 23. September 2014 in New York

Einer der Väter der UN, Franklin D. Roosevelt, hat schon 1941 darauf aufmerksam gemacht, dass Frieden weit mehr ist als die Abwesenheit von Krieg. Er definierte Frieden als die Freiheit der Rede, der religiösen Überzeugung, die Freiheit von Not und von Angst.

Wir müssen heute zugeben, dass diese Freiheiten heute weder an jedem Ort dieser Erde gelten, noch, dass sie in greifbare Nähe gerückt sind. Fest steht aber, dass es in diesem Jahrhundert keinen umfassenden Frieden geben kann, wenn wir die Bekämpfung des Klimawandels nicht als die zentrale Herausforderung unserer Zeit annehmen.

Deutschland engagiert sich deshalb mit voller Kraft. Wir haben uns ehrgeizige nationale Klimaschutzziele bis 2050 gesetzt. Bis 2020 wollen wir im Vergleich zu 1990 40 Prozent Emissionen einsparen. Eine große Herausforderung, für die wir unsere Anstrengungen noch steigern müssen. Ich werde deshalb noch vor der Konferenz von Lima [Dezember 2014] ein zusätzliches Maßnahmenpaket vorlegen. Auf EU-Ebene setzen wir uns dafür ein, im Oktober ein ambitioniertes Klima- und Energiepaket für 2030 zu verabschieden.

Da wir hier beim Klimagipfel des UN-Generalsekretärs sind, möchte ich zudem darauf hinweisen, dass wir darauf hinarbeiten, unsere nationalen Anstrengungen international zu formalisieren. Deshalb planen wir, die zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls bis

Anfang 2015 zu ratifizieren. Zudem haben wir die Absicht, in dem Umfang Kyoto-Protokoll-Emissionsrechte zu löschen, in dem wir unsere Verpflichtung nach europäischem Recht im Nicht-Emissionshandelssektor übererfüllen.

Wir müssen beim Gipfel in Paris 2015 ein neues Klimaschutzabkommen beschließen, das wirksame Schritte zur Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad Celsius beinhaltet. Es ist deshalb von großer Bedeutung, dass alle großen CO<sub>2</sub>-Emittenten bis Anfang 2015 anspruchsvolle nationale Beiträge für die Zeit nach 2020 auf einer vergleichbaren Grundlage vorlegen.

Unser Ziel ist ein Abkommen, das alle Staaten an feste Reduktionsverpflichtungen bindet. Damit dies gelingen kann, müssen die reichsten Länder den ärmeren Staaten partnerschaftlich zur Seite stehen. Deutschland wird sich mit bis zu 750 Mio. Euro – rund eine Mrd. US-Dollar – an der Erstauffüllung des ›Green Climate Fund‹ [Grüner Klimafonds] beteiligen. Es wäre ein wichtiges Signal an die Entwicklungsländer, wenn möglichst viele Länder sich bis zur Konferenz in Lima an einer substanziellen ersten Auffüllung beteiligen würden.

Darüber hinaus plädiere ich dafür, langfristige Ziele über die nächste Verpflichtungsperiode hinaus zu diskutieren. Wir müssen die globale Energieversorgung bis Mitte dieses Jahrhunderts fast vollständig dekarbonisieren. Jeder Neubau von Kohlekraftwerken muss kritisch überprüft werden. In der klima- und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit werden wir keine Finanzierung für Neubauten mehr zur Verfügung stellen und die Modernisierung laufender Kohlekraftwerke in diesem Zusammenhang nur noch eingeschränkt und nach klar definierten Kriterien finanzieren. Damit schließt sich die Bundesregierung der Initiative mehrerer Industriestaaten und Banken an.

Den zahlreichen Initiativen, die auf diesem Gipfel ins Leben gerufen worden sind – wir beteiligen uns unter anderem in den Bereichen Waldschutz, erneuerbare Energien, Städte und ›Carbon Pricing‹ –, müssen nun Taten folgen. Dabei hoffen wir auf die weitere Unterstützung des UN-Generalsekretärs.

Lassen Sie uns die Ärmel hochkrepeln.



Barbara Hendricks, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, auf dem UN-Klimagipfel (Climate Summit 2014) am 23. September 2014 in New York. Am Rande des Gipfels schloss die Ministerin gemeinsam mit Norwegen eine neue Partnerschaft zum Waldschutz mit Peru.

UN-Foto: Zach Kraemer

Die Rede wurde auf Deutsch gehalten.

Quelle: [www.bmub.bund.de/N51146](http://www.bmub.bund.de/N51146)